

Die Bundesregierung hat ein wirkungsloses Klimapaket beschlossen

Das von der Bundesregierung beschlossene Maßnahmenpaket reicht nicht zur Einhaltung der Pariser Klimaziele aus.

Jeder Deutsche emittiert rund 11 t CO₂/Jahr. Um das 2-Grad-Ziel erreichen zu können dürften es nur noch 2,7 t CO₂/Jahr sein.

Sollen langfristig nicht die Küsten überschwemmt und ganze Landstriche unbewohnbar werden, dürfen die CO₂-Anteile in der Atmosphäre 350 ppm auf Dauer nicht überschreiten. Diese Obergrenze wurde aber schon 2008 überschritten. Bis heute hat die Menschheit den Wert auf über 410 ppm hochgetrieben. Deshalb muß sie in Zukunft CO₂ in großer Menge mit neuen Technologien wieder herausfiltern.

Das Klimakabinett der Groko hat ein Klimapaket ausgehandelt, das mit 36 bis 60 Euro/t CO₂ im Jahr 2030 fast nicht wirksam ist. Aus den Einnahmen für den CO₂-Preis soll die EEG-Umlage gesenkt werden. Das verstößt gegen die Aufkommensneutralität und belohnt hohen Energieverbrauch. Besser wäre eine Rückerstattung durch eine Pro-Kopf-Erstattung.

Die Bereiche Verkehr und Gebäudeheizung benötigen höhere CO₂-Preise als im Energiesektor, weil die Vermeidungskosten dort wesentlich höher sind. Landwirtschaft, Schiff- und Luftverkehr werden nicht miteinbezogen. Die Deckelung der Zertifikate-Preise verhindert einen höheren CO₂-Preis, wenn die Ziele nicht eingehalten werden.

Klimaschädliche Subventionen werden mit diesem Klimapaket noch ausgebaut.

Nach dem Steinkohleausstiegsgesetz soll die Verbrennung von Steinkohle in Kraftwerken bis 2022 auf 15 GW, 2030 auf 8 GW gesenkt und bis 2038 beendet werden. Allerdings gibt es keinen Ausstiegspfad für die Braunkohle-Verbrennung.

Es wird wie in Bayern ein Mindestabstand von 1 km von WKA zu Wohngebieten eingeführt. Dies soll auch für das Repowering gelten. Das ist das Todesurteil für die Windenergie an Land und gefährdet Arbeitsplätze in Deutschland bei den WKA-Herstellern.

Im Verkehrssektor sind die CO₂-Emissionen heute so hoch wie 1990. Innerhalb der nächsten 10 Jahre müssen sie um etwa 40% sinken. Das wird mit den dargelegten Maßnahmen niemals gelingen. An ein Tempolimit traut sich die Regierung nicht ran.

Verkehrsminister Dobrindt (CSU) erhöhte die Schienenmaut um 13% und senkte die LKW-Maut um 16%. Damit veränderte er den Preisunterschied um 30% zugunsten der LKW. Auf internationale Flüge und die auf Schiffstransporte werden keine Maut, keine Kerosinsteuer und keine Umsatzsteuer gezahlt. Die Schifffahrt verbrennt zudem Schweröl, den Sondermüll der Raffinerien.

Wir brauchen eine klimafreundliche und ökologische Landwirtschaft anstelle industrieller Tierhaltung. Die Tierbestände in Deutschland müssen deutlich reduziert werden. Dazu steht nichts im Klimapaket.

Zwei Drittel der rund 15 Millionen Ein- und Zweifamilienhäuser in Deutschland erzeugen die Wärme für die Heizung mit Erdgas oder Heizöl. Hinzu kommt eine große Anzahl unsanierter Wohnungen. Effizientere Anlagen und eine bessere Dämmung tragen zum Klimaschutz bei und steigern den Wohnkomfort.

Forderungen:

- Das gesamte Steuer- und Abgabensystem muß reformiert werden und auf den Klimaschutz hin ausgerichtet werden. Umweltschädliche Subventionen müssen konsequent und zügig gestrichen werden. Ein CO₂-Preis muß ein Preissignal setzen, das tatsächlich einen Strukturwandel zu mehr Klimaschutz fördert. Ein wesentlich höherer CO₂-Preis für die die Emissionen im Verkehrs- und im Gebäudesektor (bis 2030 bei mindestens 180 Euro/t CO₂)

- ist notwendig.
- Energiesteuern und Mehrwertsteuer müssen bei internationalen Flügen eingeführt werden
 - Im Verkehrsbereich wäre es sinnvoll, die bereits vorhandene Maut mit einem CO₂-Aufschlag zu koppeln. In der Schweiz ist die Maut dreimal so hoch.
 - Die Kaufprämie für E-Autos und die Pendlerpauschale sollten abgeschafft werden. Statt der Pendlerpauschale sollte es für besonders Betroffene über einen Härtefallfonds nach Einzelfallprüfung einen Ausgleich geben können.
 - Die Erhöhung der Ausbauziele für die Kapazität von Wind- und Solarenergie müssen ausgebaut werden. In den nächsten Jahren werden mehrere Tausend Megawatt altersbedingt vom Netz gehen.
 - Abschaffung des neuen Mindestabstandes von WKA zu Gebäuden, Einführung eines Fahrplans für den Ausbau erneuerbarer Energien, konkrete Festlegungen zum Ausstieg aus fossilen Energien.
 - Mit einem Ausbau der Stromnetze und dem massiven Aufbau von PtG-Anlagen zur Netzstabilisierung können die Erneuerbaren Energien vollständig ins Stromnetz eingespeist werden. Das erhöht die Rentabilität dieser Stromerzeuger. PtG-Anlagen müssen von EEG-Umlagen und anderen Abgaben befreit werden. Das ist ein entscheidendes Hindernis für den nichtsubventionierten Umbau unseres Energiesystems. Die Netzinfrastruktur muß so ausgebaut werden, daß an immer mehr dezentralen Standorten Strom erzeugt werden kann. Neue PtG-Projekte erhöhen die Rentabilität der Investitionen in erneuerbare Energien.
 - Der Energieträger Wasserstoff läßt sich direkt als Kraftstoff nutzen. Es muß jedoch gesichert sein, daß es sich hierbei wirklich vollständig um Strom aus WKA handelt. Wird dem Wasserstoff CO₂ beigemischt, muß es sich dann um CO₂ handeln, das dafür der Atmosphäre entnommen wurde und nicht nebenbei in Produktionsprozessen anfällt.
 - Unsere Ernährung ist für ein Viertel der deutschen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Die Genehmigung neuer Stallanlagen muss der Tierhaltungsdichte und der vorhandenen, regionalen Fläche angepasst sein.
 - Bei den Effizienzstandards für Gebäude muß eine sofortige Anhebung der Standards auf KfW-Effizienzhaus 40 für Neubauten und ein Zielwert von KfW-Effizienzhaus 55 für Sanierungen erfolgen.
 - Der Einbau neuer Ölheizungen sollte sofort verboten werden
 - Mehrwegverpackungen, Wiederverwendung und langlebige Produkte, Verwendung von Recyclingstoffen statt Neumaterial aus fossilen Rohstoffen müssen durchgesetzt werden.

Abkürzungen:

WKA= Windkraftanlagen

PtG= Power-to-gas-Anlagen, erzeugen aus Strom Wasserstoff